

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe
der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/628 —

Rechtsextremismus und das Publikationsorgan „Der Schlesier“

Die Vorbemerkung enthält Unterstellungen, auf die näher einzugehen nicht Aufgabe der Bundesregierung ist.

Seit längerer Zeit hat sich „Der Schlesier“, Mitteilungsblatt des Förderkreises Deutsche Einheit, unter den Vertriebenenzeitungen zu einem rechtsextremistischen Kampfblatt entwickelt. Autoren, die in „Der Schlesier“ publizieren, schreiben gleichzeitig in der „Deutschen National-Zeitung“. Wahlaufrufe für die NPD und die Republikaner werden in „Der Schlesier“ abgedruckt. Für neofaschistische Machwerke wird Werbung betrieben. Seit dem Beitritt der ehemaligen DDR werden in „Der Schlesier“ selbst die DVU und die Republikaner von rechts kritisiert. In vielen Artikeln wird ein widerlicher antislawischer Rassismus betrieben.

Wesentliche ideologische und programmatische Kernpunkte des „Der Schlesier“ sind

- die teilweise Rehabilitierung des NS-Regimes, indem gegen die „Kriegsschuldflüchtlinge“ und die „Umerzieher“ zu Felde gezogen wird;
- entschiedenes Eintreten gegen die sogenannte „Verzichtspolitik“ der Bundesregierung, die sich mit der Anerkennung der polnischen Westgrenze „zu Erfüllungsgehilfen des Super-Versailles der Siegermächte“ macht (Der Schlesier, 20. November 1989);
- die Hetze gegen das polnische „Volk, von dem nach dem Ersten Weltkrieg selbst ausländische Politiker – keineswegs Deutschenfreunde – sagten, es sei politisch und wirtschaftlich völlig unfähig, etwas aufzubauen und sich selbst zu regieren“ (Der Schlesier, 23. April 1990);
- unverhohlene Gebietsforderungen an die polnische Regierung, was in „Der Schlesier“ sogar dazu führt, die rechtsextremen Republikaner zu kritisieren, weil sie angeblich nur ein Deutschland in den Grenzen von 1937 wollen (Der Schlesier vom 5. Februar 1990, vgl. auch „Der Schlesier“, 27. November 1989).

Selbst der Vertriebenenverband, die Landsmannschaft Schlesien, mußte sich 1988 unter starkem politischen Druck wegen dieses unübersehbaren rechtsextremistischen Einflusses von ihrem damaligen Mittei-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers des Innern vom 17. Juni 1991 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

lungsblatt trennen. Allerdings dürfte diese Trennung nicht endgültig sein. Denn gerade wegen seiner offenen rechtsextremistischen Ausrichtung erfreut sich „Der Schlesier“ einer großen Beliebtheit unter den Vertriebenen und hat hier beträchtlichen Einfluß. Auch und besonders in der Landsmannschaft Schlesien. Noch im Oktober 1989 scheiterte ein Antrag des Landesverbandes Bayern an den geschäftsführenden Bundesvorstand der Landsmannschaft Schlesien, den „Der Schlesier“ wieder als offizielles Mitteilungsblatt anzuerkennen. Der Antrag wurde hier „mit der knappstmöglichen Entscheidung bei Stimmengleichheit im vollzähligen Vorstand“ abgelehnt (Der Schlesier, 6. November 1989).

1. Wurde „Der Schlesier“ aus Bundesmitteln – die eventuell dem BdV zugeflossen waren und von dort an die Landsmannschaft Schlesien weitergereicht worden sind – finanziert, und wenn ja, in welchem Zeitraum und in welcher Höhe?

Die Zeitschrift „Der Schlesier“ wurde aus Bundesmitteln in der Form gefördert, daß die Landsmannschaft Schlesien im zweiten Halbjahr 1984 vom damaligen Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Haushaltsmittel in Höhe von 18 000 DM zum Ankauf von Abonnements dieser Zeitschrift erhielt.

2. Wurden diese Zahlungen in der Zwischenzeit eingestellt, und wenn ja, mit welcher Begründung?

Die Zahlungen wurden im Januar 1985 eingestellt, als die Voraussetzungen für eine weitere Förderung nicht mehr vorlagen.

3. Welche Verbindungen gab es von der Zeitung „Der Schlesier“ zur DVU und der Frey Presse in den letzten zehn Jahren?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, ob es entsprechende Verbindungen gibt.

4. Welche Verbindungen gibt es von „Der Schlesier“ zu den rechtsextremen Republikanern seit deren Entstehung?

Es wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

5. Für welche rechtsextremistischen Buchveröffentlichungen hat „Der Schlesier“ in den letzten zehn Jahren Werbung gemacht?

Hierüber liegen der Bundesregierung keine Informationen vor. Es liegen keine ausreichenden Anhaltspunkte für Bestrebungen im Sinne der §§ 3, 4 BVerfSchG vor; eine systematische Auswertung der Zeitschrift durch den Verfassungsschutz kommt deshalb aus rechtsstaatlichen Gründen nicht in Betracht.

6. Welche Rechtsextremisten haben in den letzten zehn Jahren in „Der Schlesier“ publiziert?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

7. Welche Autoren des „Schlesier“ haben in den letzten zehn Jahren in welchen rechtsextremistischen Publikationsorganen geschrieben?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

8. Für welche rechtsextremistischen Gruppierungen hat „Der Schlesier“ in den letzten zehn Jahren zur Stimmabgabe bei Wahlen aufgerufen?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

9. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß „Der Schlesier“ mit seiner stereotypen Hetze gegen die „Kriegsschuldlüge“, mit seinem „Kampf“ gegen die „Umerzieher“ usw. sich der rechtsextremistischen Programmatik verschrieben hat?

Falls nein, warum ist die Bundesregierung nicht dieser Auffassung?

Nein. Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß „Der Schlesier“ mit seiner Hetze gegen den angeblichen „Verzicht auf die deutschen Ostgebiete“ und seinem antislawischen Rassismus die Verständigung mit der Republik Polen und der polnischen Bevölkerung hintertreibt?

Wenn nein, warum nicht?

Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen. Im übrigen ist die Bundesregierung der Auffassung, daß vereinzelte Äußerungen dieser Art nicht geeignet wären, die Verständigung mit der Republik Polen und der polnischen Bevölkerung zu hintertreiben.

11. Wird die Zeitung „Der Schlesier“ vom Verfassungsschutz beobachtet, und wenn ja, seit wann, und wieso tauchen die Ergebnisse dieser Beobachtungen nicht in den Verfassungsschutzberichten auf?

Wenn nein, warum nicht?

Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

12. Weist die Bundesregierung weiterhin den Hinweis auf das Treiben der Rechtsextremisten in den Vertriebenenverbänden energisch „zurück“?

Die Vertriebenenverbände sind ebenso wie andere Vereinigungen immer wieder Ziel von Bemühungen von Rechtsextremisten, Einfluß zu gewinnen. Versuche, den Vertriebenenverbänden selbst extremistische Aktivitäten zu unterstellen, weist die Bundesregierung in der Tat weiterhin zurück.

